

ZUM SONNTAG

Sheila ist zurück

Sie war schon raus aus der Nummer – jetzt ist sie wieder mittendrin. Schülerin Sheila-Samira aus Stuhr hat in der Pro7-Castingsendung „Popstars“ eine zweite Chance erhalten. Die erste Etappe auf dem Weg in die Band hat sie nun gemeistert.



Zoom Seite 36

Tomtes neues Album

BREMEN (EB). Mit „Heureka“ veröffentlicht die Band Tomte ihr fünftes Album. Die Gruppe um Thees Uhlmann hat einen langen Weg hinter sich. Was einst holprig in der norddeutschen Provinz begann, ist mittlerweile bei MTV salonfähig geworden. Das neue Album zeigt, dass die Band im Leben angekommen ist, ohne die Sehnsucht zu kurz kommt.

CDs Seite 34

Wenn der Baby-Blues bleibt

BREMEN (SAD). „Viele Mütter bezeichnen es als ein Gefühl der Gefühlosigkeit dem Kind gegenüber“, sagt Margot Thal-Georgi. Die Bremer Diplom-Psychologin therapiert Frauen, die an einer sogenannten postpartalen Depression leiden. Jede zehnte Frau erkrankt nach der Geburt ihres Kindes daran.

Gesundheit Seite 37



Bremer Schulreform

PAPIERSTAU

Auf dem Präsentierteller

In der Diskussion um die Qualität des deutschen Fernsehens war für die Feinheiten leider nur wenig Raum. So blieb völlig unbeachtet, wie mustergültig Tag für Tag bei den Öffentlich-Rechtlichen wie auch bei den Privaten die Sponsoren und die Programme aufeinander abgestimmt werden.

„Die folgende Sendung wird Ihnen präsentiert von der Geldermann Privatsektkelerei.“ Wenn dieser Korken freitags knallt, dann wendet sich das ZDF mit seinem Kulturmagazin „Aspekte“ an den Zuschauer mit Niveau. Sekt für den Kunst- und Musikfreund, Bier für den Fußballfan: Für die Berichte von der Bundesliga sind allein und ausschließlich die Brauereien zuständig, man spricht hier auch vom Reinheitsgebot. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass Warsteiner und Krombacher sich bald nur noch alkoholfrei präsentieren dürfen. Die Bundesdrogenbeauftragte hat schon bewiesen, dass sie ein Faible für unpopuläre Maßnahmen hat, als sie das Rauchen im Auto verbieten wollte. Da kommt auf die Bierbrauer noch einiges zu.

Die Liste der im Fernsehen präsentierenden Firmen ist unübersehbar. Wenn die „Hitparade der Volksmusik“ oder der „Musikantenstahl“ eingeläutet wurden, dann waren Klosterfrau Melisengeist oder Allgäuer Latschenkiefen oder Doppelherz im Ausschank. Das ist gerade für die etwas älteren Zuschauer sehr beruhigend. Kürzlich lief in der Reihe „Event-Kino“ (vielleicht war es auch die Reihe „Der Film-Film“) ein Action-Film, in dem alles zu Bruch ging, was nicht niet- und nagelfest war. Präsentiert wurde der Streifen von einem Baumarkt. Gut Holz!

BERND MEIER

Sie wollten „Brücken bauen und Verständnis schaffen“. Ein bisschen wie ein Schüleraustauschprogramm sollte die Sache mit den Leihbeamten sein. Jetzt gilt das Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“ zwischen den Bundesministerien und Unternehmen als gescheitert. Das räumten die Initiatoren des Programms, Reinhard Timmer, Abteilungsleiter der Verwaltungsmodernisierung im Bundesinnenministerium, und Tessen von Heydebreck, Vorsitzender der Deutsche Bank Stiftung, kürzlich in Berlin ein.

Seit 2004 haben über 100 Mitarbeiter von Unternehmen wie BASF, Daimler(-Chrysler), Siemens oder Bayer im Bundesinnenministerium, Gesundheits-, Finanz-, Umwelt- und Forschungsministerium gearbeitet. Bezahlt wurden sie während ihres Einsatzes von ihren Unternehmen. Durchschnittlich waren sie drei Monate tätig, manche aber sogar Jahre, sagt der Journalist Sascha Adamek. Gemeinsam mit dem Fernsehjournalist Kim Otto hat er seine Recherchen über die Leihbeamten in dem Buch „Der gekaufte Staat“ veröffentlicht.

Adamek und Otto konnten nachweisen, dass die Konzerne Führungskräfte schicken, die gezielt Interessen durchsetzen sollten. „Wir haben beispielsweise Zeugenaussagen aus dem Bundesverkehrsministerium, dass dort vor der Vergabe für die Lkw-Mautstationen monatelang der Leiter der Konzernstrategie Verkehr von Daimler-Chrysler saß. Immer telefonierte er nur über sein Firmen-Handy, nie ließ er Papiere im Ministerium liegen“, berichtet Adamek. Der Milliarden-Auftrag ging an das Toll-Collect-Konsortium, dessen Teilhaber Daimler(-Chrysler), die Deutsche Telekom, Siemens und Cofiroute sind.

Natürlich sollte das Leihpersonal sein Fachwissen in die Ministerien bringen, heißt es von den Verantwortlichen. Schließlich wolle man einen schlanken Staat, der in einem „fruchtbaren Austausch mit der Wirtschaft“ stünde. Von einem fruchtbaren Austausch könne aber nicht die Rede sein, „wenn seit 2004 gerade einmal zwölf Beamte aus den Ministerien in Unternehmen eingesetzt wurden“, findet Sascha Adamek.

Willfährige Schreiber?

„60 Prozent übten Leitungsfunktionen aus, 25 Prozent wirkten an Vorgaben mit, 20 Prozent haben Gesetze mitformuliert und zwei Leihbeamte haben sogar Referate geführt“, hat der Journalist recherchiert. Der Kritik an dem Personalaustauschprogramm hat sich eine Studie des Bundesrechnungshofes angenommen. Sie kommt zu dem Schluss, dass ein systematisches Vorgehen zur Vermeidung eines Interessenskonfliktes „nicht sichergestellt ist“.

Nun hat das Kabinett eine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz der Leihbeamten beschlossen – seither dürfen die Spitzenkräfte aus der Wirtschaft nicht mehr in Leitungsfunktionen tätig sein und auch nicht mehr an Gesetzesvorhaben mitarbeiten. Derzeit bleiben noch drei Leihbeamte übrig.

Das Programm ist gescheitert, aber mit Lobbyismus habe es dennoch nichts zu tun, beharrt der Top-Beamte Timmer. „Die Vorstellung, ein Vertreter aus einem Unternehmen schreibe allein ein Gesetz, ist weit weg von der Wirklichkeit“, meint er.

Berlins Wirtschaftssenator Thilo Sarrazin (SPD) hält dagegen. Im Falle der Bahnreform, deren Gegner er ist, behauptet er: „Das Bahngesetz wurde von den Anwaltsbüros der Bahn geschrieben! Wir wurden gezielt ausgeschaltet.“ Das Unternehmen habe sich Journalisten gekauft: „Kritische Berichterstattung ist mit Anzeigenentzug beantwortet worden. Die Bahn hat sich willfährige Schreiber herangezogen und ein be-

Lobby, List und Tücke

Von Tina Groll

Sie sind überall: Interessenvertreter wenden sich an Abgeordnete, Verwaltungsbeamte und Journalisten. Die oft finanzstarken Lobbyisten manipulieren das Meinungsklima durch strategische PR, offensive Kampagnen und subtiles Sponsoring. Derzeit ringen Brüssel und Berlin darum, ein Register für Lobbyisten einzuführen. Doch reicht das, um Transparenz zu schaffen?

zahltes Lobbyistennetzwerk in allen Parteien aufgebaut.“ Sarrazin schließt daraus: „Eine gute Story besiegt immer eine komplizierte Wahrheit.“

Auf Kritik an ihrer Macht ohne Mandat reagieren die Profis des Lobbygewerbes mit demonstrativem Understatement: „Wir machen ja keine Politik, wir machen nur Politikberatung“, sagt Cornelia Yzer. Die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und heutige Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der forschenden Arzneimittelhersteller gilt als eine Top-Lobbyistin.

„In Brüssel und Berlin tummeln sich Zehntausende von Lobbyisten“, sagt Gerd Mielke, Professor an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Auf 16.000 schätzt er ihre Zahl allein für Brüssel.

Partikularinteressen zu vertreten und sich an Mandatsträger und Medien zu wenden, sei nicht verwerflich, „sondern gehört in einer Demokratie zum notwendigen Wechselspiel freier politischer Meinungsbildung“, macht die Bundesverfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt deutlich. Problematisch sei „die Waffenungleichheit“ zwischen den Interessensvertretern: „Wenn Wirtschaftsverbände ihre ökonomische Macht ausspielen und schlimme Konsequenzen für Arbeitsplätze und Staatsfinanzen an die Wand malen“, habe dies eine andere Brisanz, als wenn ein Elternverein bessere Bildungschancen fordert.

Die Strategien der Lobbyisten

Subtil sei der Einfluss durch externe Berater, Expertenrunden oder Kommissionen. „Dabei nimmt man stillschweigend in Kauf, dass der eingekaufte Sachverstand von Eigeninteressen geleitet ist“, kritisiert Hohmann-Dennhardt. Neutrale Fachleute zu finden sei schwer, „weil viele Experten längst schon für bestimmte Interessentengruppen gutachterlich tätig geworden sind und dort auf den Honorarlisten stehen“, erklärt die Bundesrichterin.

„Industrieunternehmen und Wirtschaftsverbände treten gerne als Wohltäter auf. Sie spenden Gelder und bauen um sich herum ein Netzwerk moralischer Schuldner auf. Das ist subtiler und auf Dauer auch effizienter als die platte Bestechung“, sagt der Autor Dietmar Jazbinsek, der sich lange mit den Lobbystrategien von Unternehmen beschäftigt hat.

Was also tun? Adamek glaubt, dass der Staat gefragt ist: „Entgegen der Ideologie des schlanken Staates sollte man Ministerien auch mit teuren Expertisen ausstatten“, sagt der Journalist. Bundesverfassungsrichterin Hohmann-Dennhardt fordert die Regierenden und Abgeordneten schlicht auf, dem Einfluss zu widerstehen.

Gar nicht so einfach findet das der Bundestagsabgeordnete Lothar Binding (SPD). Vor allem dann, wenn die Lobbyisten auch die öffentliche Meinung dominieren. Es sei schwer, eine „vernünftige Entscheidung gegen die veröffentlichte und öffentliche Meinung zu treffen“, sagt er. Denn die Palette subtiler Methoden der Lobbyisten ist breit: „Sich die Gunst von Politikern wie Journalis-

ten mit Kongressen in schönem Ambiente zu erwerben, ist dabei nur eine Variante. Noch erfolgversprechender ist es aber, sich die Bedürfnisse der Politik, die Schwächen, Eitelkeiten und Profilierungswünsche von Politikern zunutze zu machen“, erklärt Hohmann-Dennhardt.

Hinzu kommt die personelle Verflechtung: Abgeordnete in den Aufsichtsräten von Unternehmen und sich zur Wahl stellende Verbandsvertreter. So wechselte der CDU-Abgeordnete Matthias Wissmann, der 31 Jahre lang Mitglied im Bundestag war, zum Verband der Automobilindustrie. Als dessen Präsident soll er fortan „die Präsenz des wichtigsten deutschen Industriezweigs verbessern“, heißt es auf der Webseite des Verbands. Ein anderes Beispiel ist der ehemalige Super-Minister Wolfgang Clement (SPD). Der Ex-Arbeits- und Wirtschafts-

minister sitzt unter anderem im Aufsichtsrat der RWE Power AG. Der FDP-Politiker Martin Bangemann ließ sich als Vize-Vorsitzender der Europäischen Kommission von der PR-Agentur von Moritz Hunzinger beraten und war noch während seiner Kommissionszeit für den spanischen Telekommunikationskonzern Telefonica tätig.

Daneben nutzen die Lobbyisten auch politische Strukturen: Im Fall des Nichtraucherschutzgesetzes machte sich die Tabaklobby den deutschen Föderalismus zunutze. Dazu erklärt der SPD-Abgeordnete Binding: „Eine sichere Methode, einheitliche und logisch verständliche Regelungen zu verhindern, ist die Verlagerung der Gesetzgebung auf die Länder. Es ist sehr verständlich, dass in 16 verschiedenen Ländern viele verschiedene Regelungen erlassen werden und absurde Verhältnisse auftreten. Die Rechnung

ist aufgegangen – die Verfassungswidrigkeit dieses gesetzlichen Flickenteppichs war programmiert.“

Auch die klassischen Aufgaben der Lobbyisten bleiben wichtig: Kontaktpflege und direkte Beeinflussung der politischen Entscheidungsträger und -prozesse. Das beginnt bei der Verlagerung der Entscheidungen in kleinere Gremien, zu denen nicht alle Interessensvertreter Zugang haben.

Macht ohne Mandat

Jürgen Hogrefe, Generalbevollmächtigter von Energie Baden-Württemberg (EnBW), streitet die aktive Einflussnahme der Lobbyisten ab. „In 90 Prozent der Fälle werde ich gefragt, mein Fachwissen der Politik zur Verfügung zu stellen“, sagt er. Für ihn ist auch jeder Parlamentarier „ein Lobbyist für seinen Wahlkreis.“ Dass die Abgeordneten durch ihr Mandat legitimiert sind, spielt für Hogrefe offenbar eine untergeordnete Rolle. Auch Interessensvertreter hätten einen Verfassungsauftrag, meint der Lobbyist: „Energieunternehmen betreiben Daseinsvorsorge. Damit stehen wir in gesellschaftlicher Verantwortung.“

Den zunehmenden Einfluss von Lobbyisten auf Politik und Medien sieht der Stellvertretende Bundestagpräsident Wolfgang Thierse (SPD) auch als eine Ursache für die Demokratie-Skepsis der Bürger. Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass das Ohnmachtsgefühl in der Bevölkerung zunimmt. „In der Wirtschaft gibt es so gut wie keine Demokratie“, erklärt Thierse. „Ein Bewusstsein für Demokratie macht aber die Zivilgesellschaft aus.“

Wenn es nach der Auffassung von Lobbyisten wie Hogrefe geht, sind Unternehmen ebenfalls „Bürger der Zivilgesellschaft“. Die EnBW würde schließlich die Interessen ihrer 20.000 Mitarbeiter vertreten.

Nun aber wollen sich die Lobbyisten einen Ehrenkodex geben. Neben einem Register für Interessensvertreter sollen Verhaltensregeln für Transparenz sorgen. Dem gleichen Ziel dient die Einführung einer „legislativen Fußspur, die auflistet, wer bei der jeweiligen Gesetzgebung mitgewirkt hat“, erklärt Pharma-Frau Yzer.

Der Geschäftsführer der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International, Christian Humborg, glaubt, dass ein Register nur dann Transparenz schaffen könnte, wenn die Lobby-Organisationen ihre Interessen und die Höhe ihres Budgets offenlegen müssen. Dieses Register müsse zudem zwingend an einen Kodex geknüpft sein.

Der Lobbyismus-Experte und SPD-Bundestagabgeordnete Michael Hartmann geht hingegen davon aus, dass die Lobbyisten bei vehementen Forderungen nach mehr Transparenz „noch subtiler agieren werden“. Dann könnte es nicht nur ums „Brücken bauen“ gehen. Journalist Adamek hofft, dass die Medien ihre Kontroll- und Wächterfunktion wieder verstärkt wahrnehmen. Seine Recherchen über die Leihbeamten waren wirkungsvoll. Diesem Beispiel können andere nun folgen.



Lobby-Arbeit mit Milliardenverdienst: Vor der Vergabe des deutschen Lkw-Mautsystems an das Konsortium Toll Collect saß der Vertreter eines Teilhabers monatelang im Verkehrsministerium. FOTO: DPA